

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den

Mehr Geld und schnellere Durchführung – Hochwasserschutz im niedersächsischen Binnenland muss besser werden

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Niedersachsen ist in den vergangenen Jahren mehrfach von Hochwasserereignissen getroffen worden. Dabei wurden Schäden in mehrfacher Millionenhöhe verursacht, die vielfach von Bürgern und Unternehmen unseres Landes allein getragen wurden. Berufliche Existenzen wurden bedroht oder vernichtet. Auch das jüngste Hochwasser in Süd- und Südostniedersachsen hat die Menschen schwer getroffen. Trotz der aufopfernden Arbeit der Feuerwehren, Hilfs- und Rettungsdienste mussten in vielen Kommunen Gebäude aufgegeben werden. Die Flutmassen konnten nicht aufgehalten werden.

Schon in der Vergangenheit wurde nach Hochwassern stets versprochen, schnell und unbürokratisch zu helfen. Neben der Soforthilfe haben die betroffenen Bürgerinnen und Bürger die berechnete Erwartung, dass aus den Hochwasserereignissen die richtigen Lehren gezogen werden, um für die nächsten Ereignisse besser vorbereitet zu sein.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. den von den Hochwassern in Südniedersachsen schwer getroffenen Menschen im Rahmen einer Soforthilfe über die Wohnsitzkommunen schnell und unbürokratisch finanziell zu helfen,
2. die von den Hochwassern in Südniedersachsen schwer getroffenen Kommunen schnell und unbürokratisch finanziell zu unterstützen,
3. eine Liste der im niedersächsischen Binnenland angedachten und in Planung befindlichen Projekte im Rahmen des Hochwasserschutzes zu erstellen und die für deren Realisierung erforderlichen Haushaltsmittel im Rahmen eines Masterplans zu dokumentieren,
4. die Mittel für den Hochwasserschutz im Binnenland so zu erhöhen, dass die dokumentierten Projekte bis zum Jahr 2021 gebaut werden können,
5. den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz – (NLWKN) auch mit Unterstützung externer Büros - in die Lage zu versetzen, die dokumentierten Projekte umzusetzen,
6. die Kommunen aufgrund ihrer zentralen Zuständigkeit bei der Umsetzung dieser Maßnahmen einzubinden,
7. die Talsperren im Harz im notwendigen Rahmen aufzustocken und die Harzwasserwerke dabei finanziell zu unterstützen,
8. den „Integrierten Hochwasserschutz im Nördlichen Harzvorland“ als Modellprojekt weiter voranzutreiben und - den Hochwasserschutz auch in anderen Regionen Niedersachsens, beispielsweise an der Aller, nach diesem Muster auszubauen,
9. neue Talsperren oder Rückhaltebecken zu planen und zu bauen, die zukünftige Hochwasserschäden in den aktuell betroffenen Kommunen verhindern können,

10. im Rahmen der Gewässerunterhaltung Wasserabfluss und Naturschutz zu beachten, aber im Ermessensspielraum der Wasserverbände den Hochwasserschutz zu stärken,
11. den Menschen dort Alternativen anzubieten, wo Elementarversicherungen nicht oder nur zu erschwerten Bedingungen abgeschlossen werden können,
12. die Gewässerüberwachung vor allem in Hinblick auf die Verringerung der Vorwarnzeiten beispielsweise mit automatischen Pegeln zu verbessern,
13. die Systeme für Wetterprognosen weiterzuentwickeln,
14. Hochwasserschutz verstärkt länderübergreifend zu betrachten.

Begründung

Das jüngste Hochwasser in Südniedersachsen hat Schäden in einer Höhe von mehr als 30 Millionen Euro verursacht und die Menschen tief getroffen. Teilweise wurden durch das Hochwasser Betriebe und Haushalte in ihrer Existenz massiv getroffen oder vernichtet. Deshalb muss diesen Betroffenen im Rahmen einer Soforthilfe finanziell unter die Arme gegriffen werden, wobei sich das Land der Unterstützung der örtlichen Kommunen bedienen sollte, die die Betroffenheit aufgrund der lokalen Nähe besser abschätzen können.

Schon nach den früheren Hochwasserereignissen haben die Kommunen mit der Planung oder dem Bau von Hochwasserschutzanlagen begonnen und dafür aus dem Haushalt des Landes Niedersachsen Zuschüsse beantragt. Wurden dafür nach den Haushalts-Istwerten im Jahr 2012 noch 10,7 Millionen Euro ausgezahlt, so hat sich dieser Betrag im Jahr 2015 mit 5,5 Millionen Euro nahezu halbiert. Viele Kommunen warten teilweise immer noch auf Zuschüsse für Projekte, die nach dem Hochwasser des Jahres 2010 im westlichen Niedersachsen geplant wurden. Dafür haben die Bürgerinnen und Bürger kein Verständnis. Deshalb muss im Rahmen einer Übersicht festgestellt werden, welche Projekte im Land existieren und welche Kosten deren Realisierung verursachen wird. Um ein deutliches Zeichen für mehr Hochwasserschutz im Binnenland zu setzen, ist der Haushaltsansatz so zu erhöhen, dass die Projekte bis zum Jahr 2021 vollständig gebaut werden können. Dafür muss auch der NLWKN personell so ausgestattet sein, dass es auch dort zu keinen Verzögerungen kommen kann. Zur Unterstützung muss auch auf externe Ingenieurbüros zurückgegriffen werden können.

Die Hochwasserschäden in Südniedersachsen sind genau zu analysieren, um zukünftige Ereignisse in dieser Form zu verhindern. Dazu ist auch zu überlegen, wo durch den Neubau von Talsperren oder Rückhaltebecken der Schutz deutlich verbessert werden kann.

Weiterhin muss eine länderübergreifende Abstimmung stattfinden. Beispielsweise sind an dem auf sachsen-anhaltinischer Seite vollkommen unregelmäßigen Okerzufluss Ilse sind Regulierungen dringend notwendig. Solange Niedersachsen unabgestimmt Hochwasserschutz betreibt, kann dieser nur begrenzt erfolgreich sein. Die Zusammenarbeit der Länder bzgl. notwendiger Maßnahmen ist unabdingbar.

Schon seit vielen Jahren beklagen Unterhaltungsverbände und betroffene Bürger, dass Bäche und Gräben verschlammte und zugewachsen sind. Bei Hochwasserereignissen sind es gerade diese Stellen, die Wasserschäden verursachen können. Leider hat der Naturschutz in den vergangenen Jahren bei der Frage der Unterhaltung den Vorrang erhalten. Dieser Vorrang ist im Interesse der Menschen vor Ort zu ändern. Zukünftig muss der ordnungsgemäße Wasserabfluss besser als bisher gewährleistet sein. Auch der Natur ist nicht geholfen, wenn Hochwasser bestehende Biotope auseinanderreißt.

Viele Menschen würden sich gern gegen Hochwasserereignisse versichern. Leider bleibt ihnen dies an vielen Stellen bislang verwehrt. Die Landesregierung muss deshalb mit der Versicherungswirtschaft nach Lösungen suchen und dort, wo keine Lösungen gefunden werden können, über einen Landesfonds eigene staatliche Unterstützungssysteme anbieten.